



Interviews

16. Juli 2024

Konstantin von Notz, Vorsitzender im Parlamentarisches Kontrollgremium, im Gespräch mit Dirk Müller

Dirk Müller: Die Informationen gehen auf Recherchen von CNN zurück. Danach sollen russische Geheimdienste einen Anschlag auf den Chef des Rüstungskonzerns Rheinmetall, Armin Papperger, geplant haben. Das Ganze ist Ende vergangener Woche bekannt geworden. Vor allem der Bundesverfassungsschutz soll damit befasst gewesen sein. Doch der entscheidende Tipp soll wieder einmal von ausländischen Geheimdiensten gekommen sein, allen voran von Seiten der USA. Auch in der Vergangenheit haben amerikanische Nachrichtendienste immer wieder auf mögliche Anschlags- und Terrorpläne in Deutschland aufmerksam gemacht. Nun ist die Diskussion wieder in vollem Gang. Zahlreiche Unions-Politiker fordern mehr Befugnisse, mehr Kompetenzen, mehr Freiheiten für die deutschen Dienste.

Am Telefon ist nun der Grünen-Politiker Konstantin von Notz, Chef des Parlamentarischen Kontrollgremiums für die Geheimdienste. Guten Morgen!

Konstantin Von Notz: Guten Morgen, Herr Müller.

Müller: Herr von Notz, was können CIA und NSA besser als die deutschen Geheimdienste?

Von Notz: Ja, die amerikanischen Dienste sind sehr leistungsstarke Dienste. Das liegt daran, dass sie unbestritten gut sind bei vielem, was sie tun, gerade was die Fernmelde-Aufklärung und Ähnliches angeht. Aber es liegt auch daran, dass sie natürlich unglaubliche finanzielle Ressourcen haben. Das ist insofern ein bisschen vergleichbar wie die militärischen Leistungen, die Leistungsfähigkeit, die die USA haben.

Müller: Das heißt, unglaubliche finanzielle Leistungen, ein großes Volumen, was da zur Verfügung steht. Sind Sie auch dafür, dass sich das in Deutschland so ergeben wird in den kommenden Jahren?

Von Notz: Ich glaube, wir müssen verstehen, dass die Sicherheitsbehörden – und dazu gehören die Nachrichtendienste als ein ganz wichtiger Baustein – unsere demokratische Rechtsordnung verteidigen, dass sie ein Teil unserer wehrhaften Demokratie sind. Wir haben

in der Vergangenheit eher theoretisch von Spionage geredet und von hybriden Bedrohungen. Tatsächlich laufen hybride Kampagnen gegen Deutschland und unsere Demokratie jeden Tag. Wir haben Mordanschläge von russischen Diensten in Deutschland, in Spanien, in England, überall in Europa. Wir haben Sabotage-Aktionen und Verhaftungen in dem Bereich. Die Lage ist sehr ernst und ich glaube, deswegen müssen wir unsere Nachrichtendienste, unsere Geheimdienste besser ausstatten. Das ist wichtig.

Müller: Aber tun Sie das? Sie sind mit in der Regierung. Ist das im Haushaltsentwurf in irgendeiner Form absehbar und ablesbar?

Von Notz: In dem Haushalt, den wir jetzt verhandeln, ist die Decke noch deutlich zu kurz. Wir setzen uns sehr dafür ein, dass bei der Bundeswehr und der inneren Sicherheit, bei dieser Verschränkung von innerer und äußerer Sicherheit nicht gespart wird.

Müller: Bei der Bundeswehr sind 1,3 Milliarden eingeplant, haben wir heute Morgen noch einmal von unserem Korrespondenten gehört. Sind da die Geheimdienste mit involviert?

Von Notz: Nein, die sind da nicht mit involviert, außer der MAD, der Militärische Abschirmdienst, der der Bundeswehr zugeordnet ist. Aber der große deutsche Auslands-Nachrichtendienst ist beim Bundeskanzleramt und das Bundesamt für Verfassungsschutz beim Bundesinnenministerium und auch da müssen wir dafür sorgen, dass die in diesen schwierigen Zeiten finanziell ausgestattet sind. Aber es ist jetzt nicht so, dass nur Geld hilft. Das hilft schon mal ein ganzes Stück. Aber es geht auch um die Frage, was können die Dienste, und vor allen Dingen auch, wie ernst nimmt die Politik die Bedrohung und sorgt auch dafür, dass die Nachrichtendienste genau diesen Bedrohungen nachgehen.

Müller: Sie sehen im Moment in dem vorliegenden Etat-Entwurf noch kein Zeichen dafür, dass die deutschen Geheimdienste, die nicht gut genug ausgestattet sind, wie Sie gesagt haben, mehr Geld bekommen?

Von Notz: Ich habe gesagt, dass die USA eben das 20-, 30fache in dem Bereich investieren. Die Eingangsfrage, die Sie gestellt haben, bezog sich darauf, dass der entscheidende Hinweis auf diese Frage bei Rheinmetall offenbar von einem ausländischen Nachrichtendienst gekommen ist. Das ist ganz häufig so. Nachrichtendienste arbeiten im Verbund, die teilen miteinander Informationen, deutsche Dienste geben anderen Diensten auch häufig Hinweise. Daraus kann man jetzt noch nicht automatisch ableiten, dass die Deutschen nie

was mitbekommen. Das wäre auch wirklich unfair. Aber wenn man mehr will, muss man auch mehr investieren.

Müller: Das heißt, Sie fordern mehr Geld für die Geheimdienste? Können wir das so festhalten?

Von Notz: Das können Sie so festhalten. Wir fordern ein Sondervermögen für die innere und äußere Sicherheit. Das heißt, man muss das verschränkt sehen. Das gehört in diesen wilden Zeiten zueinander.

Müller: Herr von Notz, wer tut das? Wer ist das „wir“?

Von Notz: Ich nehme das so wahr, dass das im Bereich der Innen- und Außenpolitik eigentlich alle Abgeordneten fraktionsübergreifend so sehen, dass hier mehr Geld investiert werden muss.

Müller: Hört Ihre Fraktion darauf? Hört Ihre Koalition darauf?

Von Notz: Ja, so nehme ich das wahr. Am Ende zählt, was dabei herunkommt, und ich kann jetzt diesen Haushaltsverhandlungen, die offenbar noch eine Weile geführt werden, nicht vorweggreifen, aber ich kann mich nur sehr stark dafür einsetzen, dass der Bereich der inneren und äußeren Sicherheit ausreichend ausgestattet wird.

Müller: Bevor wir, Herr von Notz, noch mal über die Kompetenzen und die Bewegungsfreiheiten, um das so auszudrücken, der Geheimdienste sprechen, muss ich Sie noch was fragen. Wir haben das hier auch in unserer Berichterstattung in der vergangenen Woche immer in den Konjunktiv gesetzt, ein angeblicher Anschlag, ein angeblich von Russen vorbereiteter Anschlag. Können Sie das bestätigen, dass das so war?

Von Notz: Das kann ich so nicht bestätigen, sondern ich kann auch nur sagen, dass ich das so wahrnehme und auch konjunktivisch sage in dem konkreten Fall. Aber man kann viele Dinge auch nicht konjunktivisch sagen. Der Tiergarten-Mord, die Verhaftungen wegen Sabotage-Verdacht gegen verschiedene Leute, der Mord an dem Piloten in Spanien, die Gift-

morde in England, die Desinformationskampagnen, das Unterstützen mit Geld von rechtsextremen und populistischen Parteien in Deutschland, Korruption, Spionage, all das läuft jeden Tag und das müssen Sie nicht in einen Konjunktiv setzen, sondern das ist Fakt. Manchmal hat man den Eindruck, in der Öffentlichkeit, aber auch in manchen Teilen der Politik, dass die Leute irgendwie den Schuss nicht gehört haben.

Müller: Auch in Ihrer Partei?

Von Notz: In der Politik insgesamt.

Müller: Auch in Ihrer Partei?

Von Notz: Ja, in meiner Partei. – Die Leute in der Innen- und Rechtspolitik und meine Fraktion sieht diese Problematik ganz klar und ich will jetzt im Nachhinein nicht auf unseren Standpunkten beharren, aber ich sage mal, die Problematik mit Nord Stream und der Abhängigkeit von russischem Gas hat meine Partei schon sehr früh benannt. Da war das noch nicht so en vogue und da haben andere noch schnell Nord Stream zwei zu Ende verhandelt.

Müller: Das hört sich fast so an, als müsste man Innen- und Rechtspolitiker sein, um zu Ihrer Einschätzung zu kommen.

Von Notz: Nee! Ich glaube, man muss sich angucken, was im Augenblick passiert und wie ernsthaft diese Angriffe sind. Wenn Sie sich anschauen, wie durch Korruption und illegitime Einflussnahme Wahlen beeinflusst werden – und auch das müssen Sie nicht konjunktivisch sagen, sondern das ist ein Fakt -, dann brauchen wir leistungsstarke Sicherheitsbehörden und vor allen Dingen eine Politik, die sich gegen diese Angriffe zur Wehr setzt, und dazu gehört die Erkenntnis, dass sie stattfinden.

Müller: Dann brauchen wir auch, wenn wir das richtig verstanden haben, Kompetenzen, die die Geheimdienste in die Lage versetzen, ihre Aufgabe dementsprechend angemessen durchzuführen, umzusetzen. Vorratsdatenspeicherung, jetzt von der Union wieder gefordert, Telefonüberwachung, Quellentelekkommunikationsüberwachung, die vor oder nach einer Verschlüsselung greift. So haben wir das hier in der Definition gelesen. Online-Durchsuchungen, all das wird gefordert. Welche Zugeständnisse sind Sie bereit zu machen?

Von Notz: Ich habe ja eingangs gesagt, die Sicherheitsbehörden, auch die Nachrichtendienste sind dazu da, unsere Rechtsordnung zu verteidigen, und unser Rechtsstaat lässt, wenn die Mittel verhältnismäßig eingesetzt werden, da viel zu. Die Vorratsdatenspeicherung ist nun wirklich die Mottenkiste von CDU und CSU. 16 Jahre haben sie regiert und haben es selbst nicht hingekriegt. Es ist auch rechtlich sehr schwierig. Trotzdem: Diese Frage, welche Instrumente kann man den Diensten an die Hand geben und sie gleichzeitig scharf rechtsstaatlich kontrollieren, das ist eine, die wir gerade diskutieren, und wir werden mit großer Wahrscheinlichkeit in diesem Jahr noch eine Reform des Nachrichtendienstrechts verabschieden im Deutschen Bundestag, um genau dieser neuen Situation auch rechtlich gerecht zu werden.

Müller: Sie sagen, das ist eine Mottenkiste. Das heißt, es bleibt bei Ihnen in der Kiste, oder holen Sie die Vorratsdatenspeicherung dann doch wieder raus, weil das auch viele Sicherheitskräfte fordern, die anlasslose Speicherung von Standortdaten der Telekommunikation?

Von Notz: Das ist mit uns nicht zu machen, weil wir es schlicht für nicht rechtsstaatlich halten und es nicht funktioniert. Und ehrlich gesagt, es liegt auch kein praktikables Instrument auf dem Tisch. Es ist ein Schlagwort in der Debatte. Es geht um ganz andere Dinge, wie zum Beispiel große Datenmengen so verarbeitet werden, dass man die relevanten Informationen bekommt, wie man dafür sorgt, dass die verschiedenen Sicherheitsbehörden Daten rechtssicher teilen können und Informationen teilen können, die sie schon haben. Wir haben in der Vergangenheit häufig gesehen, das Problem liegt in der Weitergabe der Informationen, nicht in dem nicht Erheben von Infos. Insofern kann ich von der Union nur fordern, Differenz in der Debatte, aber im Ziel vereint, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat wehrhafter zu machen. Das ist in diesen Zeiten unabdingbar.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.